

6 Fragestunde

Beginn Fragestunde: 12.30 Uhr

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Sonst liegen mir heute keine Mittelungen vor und wir können zur Fragestunde kommen. Es ist jetzt 12.30 Uhr. Und die erste Frage stellt Herr Gemeinderat Huber an Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Judith Schwentner.

6.1 Frage 1: Lärmsituation durch ÖBB-Verschiebebahnhof verschärft sich (GR Huber, ÖVP an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GR Huber:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen und Besucherinnen und Besucher auf der Galerie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Graz gilt über die Landesgrenzen hinweg als eine der lebenswertesten Städte in ganz Europa und ist vor allem für die hohe Lebensqualität für Familien und deren Kinder bekannt. Gerade deshalb ist es für uns als Familienpartei absolut inakzeptabel, dass der Verschublärm im Bezirk Gösting nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner in Gösting selbst, sondern auch bei ungünstigen Wetterverhältnissen weite Teile von Graz mit hochfrequenten Geräuschen um den Schlaf bringt. Messungen des Umweltamtes ergaben einen Lärmpegel von teilweise über 98 Dezibel. Diese ständige und unerträgliche Lärmbelastung stellt nicht nur eine Wertminderung für angrenzenden Grundstücke dar, sondern ist in erster Linie für viele Anrainerinnen und Anrainer zu einer gesundheitlichen und nervlichen Belastung geworden. Besonders in den Nachtstunden ist die Belastung mittlerweile unerträglich. Hervorzuheben sind hier vor allem die Kinder, die um einen gesunden und erholsamen Schlaf gebracht werden, der vor allem für Kleinkinder in ihrer Entwicklungsphase

wichtig ist. Ebenso bemerkenswert ist die Tatsache, dass in den letzten Monaten sogar eine Verschlechterung der Situation zu beobachten war und die Lärmbelastigung als schlimmer von der Bevölkerung wahrgenommen wird, und das, obwohl Ihr Koalitionspartner in Form von Michael Ehmann am 19.9.2021 im „Grazer“ verkündet hat, er wird sich darum kümmern. Ebenfalls steht im Raum, dass die massive Lärmbelastigung auf Grund von Einsparungen der ÖBB bei den Bremsbelägen erfolgt. Auch das könnte von Ihnen einmal überprüft werden, ob das stimmt. In einem Schreiben vom Volksanwalt Mag. Bernhard Achitz vom 13. April 2022 wird berichtet, dass unter anderem der Bau drei weiterer Schallschutzwände sowie ein Programm zur Förderung von Schallschutzfenstern geplant ist. Im Hinblick auf die Tatsache, dass diese Maßnahmen jedoch noch einiges an Zeit in Anspruch nehmen werden, bis sie umgesetzt werden können, und die Gesundheit von einem großen Teil der Grazer Bevölkerung akut durch dieses Geräusch gefährdet ist, stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, folgende

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie von Ihrer Seite aus zu ergreifen, um die Lärmbelastigung im Bezirk Gösting bzw. in den Bezirken Lend und Andritz endlich in den Griff zu bekommen und die Gesundheit der Grazerinnen und Grazer und vor allem jene der Kinder zu schützen, damit keine gesundheitlichen Folgeschäden für die Bevölkerung zu befürchten sind (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Im Hinblick auf die Tatsache, dass mittlerweile weitere Grazer Bezirke durch den Verschublärm der ÖBB am Grazer Bahnhofsareal betroffen sind – neben Gösting nunmehr auch Lend und Andritz – und die dort lebende Bevölkerung einer nicht mehr zumutbaren Belästigung ausgesetzt ist, stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, folgende

Frage:

Welche Maßnahmen planen Sie von Ihrer Seite aus zu ergreifen, um die Lärmbelästigung im Bezirk Gösting bzw. in den Bezirken Lend und Andritz endlich in den Griff zu bekommen und die Gesundheit der Grazerinnen und Grazer und vor allem jene der Kinder zu schützen, damit keine gesundheitlichen Folgeschäden für die Bevölkerung zu befürchten sind?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Herr Gemeinderat, Sie sprechen eine jetzt schon bald zweijährige Leidensgeschichte an von vielen. Das hat begonnen mit den Geräuschen vor Ort; also zuerst waren sie sozusagen in der unmittelbaren Anrainerschaft hörbar, und dann tatsächlich, vor allem in den ersten Lockdowns, als es ruhig wurde, hat das immer mehr Menschen belästigt. Sie haben es erwähnt, bis Andritz, bis in den Bereich der Wirtschaftskammer, der Wifi usw. Das heißt, wir sind auch schon seit geraumer Zeit damit befasst. In meiner Funktion als Stadträtin für Umwelt waren wir damit konfrontiert, weil ja die Gutachten, welche den Lärm anbelangen, über das Umweltamt geschehen sind, Sie haben es erwähnt, und damals hat man zumindest einmal versucht, indem man einen Gemeinderatsbeschluss, auf die Initiative des Umweltamts und von uns gemeinsam, bewirkt hat, dass man die Lärmquelle eruieren konnte und ein Kooperationsvertrag unterzeichnet wurde mit dem Bund, der ÖBB und dem Land, weil das immer auch eine eisenbahnrechtliche Zuständigkeit und auch Genehmigungsbereich ist, in dem die Stadt Graz kein Mitspracherecht hat. Das macht das sozusagen von den Instanzen her auch einigermaßen kompliziert. Das heißt, wir müssen da immer auch mit dem Land Steiermark und dem Bund, respektive den ÖBB, gemeinsam daran arbeiten. Das passiert ziemlich intensiv, die Beschwerden des Umweltamtes wurden, wie erwähnt, fachlich überprüft, das ist bestätigt, dass das sozusagen ein nicht erträglicher oder nicht zumutbarer Lärm ist. Es sind dann in der Folge weitere schalltechnische

Untersuchungen durch das Umweltamt beauftragt worden, damit man sozusagen eruieren kann, was wirklich die Ursache ist. Dann hat es einen Zwischenbericht gegeben, es wurde sogar ein schalltechnisches 3D-Modell erstellt in dem Zusammenhang, es war nämlich offensichtlich nicht leicht, das herauszufinden, was die Ursache ist. Schallquelle sind die Talbremse, ein Weichenteil und die Richtungsgleisbremsen eben in diesem Bereich des Verschiebebahnhofs, wo halt viele Menschen auf der einen Seite leben bzw. das Geräusch auf die restlichen Teile der Stadt weitergeht. Ergebnis der Untersuchung ist auch, dass es wahrscheinlich eben Lärmschutzmaßnahmen braucht, möglicherweise in Form einer Lärmschutzwand, aber auch die erwähnten Fenster, da wird geprüft, ob es da Förderungen geben kann. Was die weiteren Gebiete anbelangt, laut Umweltamt ist die Überschreitung von Grenzwerten laut Schienenlärmrichtlinien nicht gegeben. Auch wenn sie subjektiv unangenehm sind, wird man wenig machen können, was jetzt sozusagen das Gesetz und die Richtlinien anbelangt. Geprüft wird, das könnte ein Ansatz sein, das ist die Frage, wie weit die ÖBB bereit ist, die Frau Bürgermeisterin hat vor drei Wochen einen Brief an die ÖBB und den Bund, an die Ministerin, geschrieben, auch ich war mit der Ministerin in Kontakt, wir sind laufend mit dem Land in Kontakt, es ist natürlich ein Kostenfaktor, wir haben im Budget eine Rücklage erstellt in Bezug auf eine Errichtung der Lärmschutzwand. Die Frage ist, ob man diese Talbremse auch umbauen sollte, also einhausen sollte, damit der Schall da nicht rausgeht. Das sagt das Umweltamt, das könnte ein Lösung sein, ist sozusagen nicht leistbar für die Stadt alleine und man wird prüfen müssen, ob es da Kofinanzierung bzw. eine Finanzierung und Übernahme durch die ÖBB gibt (*Appl.*).

GR Huber:

Vielen Dank für die Antwort, für die sehr interessante Antwort. Dass man teilweise nichts dagegen tun kann, das ist auch eine Aussage ...

*Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**: Naja, ich habe gesagt, was man tun kann. Wenn ich das noch einmal erläutern darf, man kann kostenaufwändig die Talbremse umbauen, das heißt, ein Bauwerk dort erstellen.*

GR Huber:

Naja, ich glaube, ich bin an Wort, oder?

*Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**: Entschuldigung.*

GR Huber:

Naja gut, ich glaube, wenn es um die Gesundheit der Bevölkerung geht, darf kein Euro zu viel sein. Ich glaube, da sind wir uns einig. Wenn Sie sich mit dem Thema wirklich befasst hätten, würden Sie wissen, dass eine Schallschutzwand nicht wirklich etwas helfen wird. Und deswegen meine Zusatzfrage: Sind Sie bereit, sich zusammen mit mir in Gösting mit betroffenen Familien zu treffen, um aus erster Hand die nervliche Belastung der Bevölkerung zu erfahren, damit Sie wirklich wissen, um was es hier eigentlich geht?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich bin jederzeit bereit, Betroffene zu treffen. Ich habe auch schon viele Betroffene getroffen und kenne bis nach Andritz Bewohner:innen, die von diesen unerträglichen Geräuschen beeinflusst sind und sich nicht wohlfühlen, ich kenne das Problem. Ich finde das, was die Lärmschutzwand anbelangt, das war eine erste Analyse von Experten und Expertinnen, also insofern ist das ein bisschen eine Unterstellung, weil das waren Ergebnisse des Gutachtens und nicht meine Erfindung, dass das eine Möglichkeit sein könnte, die Geräusche einzudämmen. Das ist insgesamt alles ein

Kostenfaktor und man muss prüfen, was möglich ist in dem Zusammenhang, auch ob es möglich ist, und das sagt auch das Umweltamt, dass möglicherweise diese Einhausung der Talbremse erforderlich sein wird. Wir bemühen uns darum, wie gesagt, die Bürgermeisterin hat auch der Ministerin geschrieben und sich an die ÖBB gerichtet. Es ist die Ursache bei den ÖBB zu suchen, wir können als Stadt Graz beitragen, vor allem uns finanziell beteiligen, wie auch immer wir das finanziell packen und was der Kostenfaktor sein wird. Aber leider ist es immer eisenbahnrechtlich dann über Land und Bund zu bewerkstelligen, und das macht das Ganze so komplex und kompliziert, leider zum Leidtragen der Bevölkerung (*Appl.*).

**6.2 Frage 2: „Willkommenskindergarten“ für ukrainische Kinder
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ **Wutte:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kurt. Ich stelle heute eine Frage zu einem Thema, das uns sicher alle gerade sehr stark beschäftigt, nämlich die Situation ukrainischer Familien, Frauen und Kinder, die eben in Graz ankommen und ihr Leben hier neu ordnen müssen. Die Stadt Graz hat da wirklich sehr vorbildlich und toll bisher reagiert, auch gerade du, Kurt, und das ABI haben sehr und sehr schnell angeboten. Es gab eben sehr früh die Willkommenschule für Schüler:innen aus der Ukraine. Und was ich jetzt aus Erfahrungsberichten von Ehrenamtlichen höre, ist es auch so, dass bei den Kindern, die eben im verpflichtenden Kindergartenjahr sind, dass die recht schnell einen Kindergartenplatz auch bekommen. Meines Wissens nach ist aber noch nicht geklärt die Betreuungssituation von kleineren Kindern, die noch nicht im verpflichtenden Kindergartenjahr sind. Ist auch verständlich, wir wissen, dass es unterm Jahr auch für Familien, die schon länger in Graz leben, nicht leicht ist, einen Platz zu bekommen in einer Krippe und in einem Kindergarten. Und ich habe jetzt zumindest von einigen Fällen gehört, dass die Auskunft war, dass es dann

erst im Herbst die Möglichkeit geben wird für einen Kindergartenplatz. Und jetzt ist es so, bis Herbst ist es halt doch noch eine recht lange Zeit. Wenn man sich vorstellt, dass die allermeisten Frauen alleine gekommen sind, dass das einfach traumatisierte Menschen sind, die hier komplett neu anfangen müssen, ihr Leben ordnen müssen und dann halt nebenbei noch ihre Kleinkinder rund um die Uhr betreuen müssen. Und für diese Frauen, aber auch für die Kinder, die jetzt hier in einer völlig neuen Wohn- und Lebensumgebung sind, wäre das natürlich ein sehr, sehr wichtiges Angebot, wenn es einfach geregelte Abläufe und ein Betreuungsangebot gibt. Ich weiß ja jetzt auch von Seiten der Caritas, Kinderfreunde, dass es teilweise stundenweise Betreuungsangebote gibt. Also es passiert etwas. Eine Idee, die jetzt eben auch im Raum steht, die ich sinnvoll fände, wäre, jetzt für die erste Zeit so eine Art Willkommenskindergarten einzurichten, wo eben die Kinder auch von ukrainischsprachigem Personal betreut werden muttersprachlich und dann nach und nach, auch je nach Verfügbarkeit der Plätze, auch in den anderen Kindergärten unterkommen. Und nicht zuletzt wäre es auch für die Kinder die Möglichkeit, einfach ein paar Stunden unbeschwertes Spielen zu erfahren nach all dem Furchtbarem, was sie jetzt die letzten Wochen erlebt haben. Ich habe auch gehört, dass es von Seiten des Landes positive Signale gibt, dass es da vielleicht eine gemeinsame Finanzierung geben könnte. Deswegen frage ich dich, bist du bereit, gemeinsam mit der zuständigen Landesrätin Bogner-Strauß den beschriebenen Willkommenskindergarten als temporäres Angebot, bis alle ukrainischen Kinder eben in anderen Kinderbetreuungseinrichtungen einen Platz gefunden haben, in Angriff zu nehmen (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Bis jetzt hat die Stadt Graz ausgesprochen schnell und vorbildlich auf die Ukraine-Krise reagiert. Im Ankunftszentrum in der Grazer Messe haben sich die Abläufe mittlerweile recht gut eingespielt. Sehr schnell gab es zu Beginn der Krise das Angebot der Willkommenschule, das Schulkindern ein erstes Ankommen und den Übergang in

Grazer Schulen ermöglicht. Auch 5-jährige Kinder im verpflichtenden Kindergartenjahr erhalten zumeist schnell einen Kindergartenplatz.

Nach wie vor nicht geklärt ist aber die Betreuung der unter 5-Jährigen. Geplant ist laut Berichten engagierter Ehrenamtlicher, dass diese Kinder ab Herbst einen Platz in einer Krippe oder einem Kindergarten bekommen.

Viele Frauen sind allein mit ihren Kindern nach Österreich geflüchtet. Sie stehen nun vor der immensen Herausforderung, die traumatische Kriegserfahrung zu verarbeiten, ihr Leben neu zu ordnen und „nebenbei“ ihre Kleinkinder rund um die Uhr zu betreuen. Ein „Willkommenskindergarten“, in dem 2-4-Jährige zumindest für ein paar Stunden von ukrainischsprachigem Personal betreut werden können, würde diesen Frauen eine enorme Entlastung bieten. Auch für die Kinder wäre es eine Möglichkeit, ein paar Stunden am Tag unbeschwert mit Gleichaltrigen spielen zu können.

Vonseiten des Landes gibt es bereits positive Signale, die Finanzierung eines solchen Angebots zu unterstützen. Deswegen richte ich folgende

Frage

an dich:

Bist du bereit, gemeinsam mit der zuständigen Landesrätin Dr.ⁱⁿ Juliane Bogner-Strauß den beschriebenen Willkommenskindergarten als temporäres Angebot, bis alle ukrainischen Kinder in Grazer Kinderbetreuungseinrichtungen aufgenommen wurden, zu initiieren?

StR Hohensinner:

Liebe Manuela, danke für die Frage und danke auch für das Lob an unsere Abteilung für Bildung und Integration. Der Günter Fürntratt sitzt eh in der letzten Reihe hier und einige aus der Abteilung werden jetzt auch über den Livestream mitschauen. Liebe Frau Kollegen, deine Vizebürgermeisterin wird dir vielleicht auch gesagt haben, dass ich in mehreren Stadtsenatssitzungen dieses Anliegen zum Thema gemacht habe. Es ist ein wichtiges Anliegen, und bisher haben wir es mit der Abteilung geschafft, dass wir allen Kindern, die im Pflichtjahr sind, ein wohnortnahes Angebot machen konnten. Aber ja, es ist wichtig einerseits, weil immer mehr Kinder auch nach Graz kommen, mehr Familien und auf der anderen Seite auch ukrainische Frauen, und auch Männer, aber mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt drängen, dass man auch für Unter-5-Jährige ein Angebot setzt, und genau da habe ich auch dem Krisenstab ein Konzept aufbereitet gemeinsam mit der Abteilung. Dieses Konzept würde vier Krippengruppen umfassen, zwei Krippengruppen in der Annenstraße, betrieben von GiP und zwei Gruppen in der Erlengasse. Dieses Konzept würde 300.000 Euro ausmachen, der Krisenstab ist ja im Sozialamt angesiedelt, und wir hätten eigentlich so gut wie alles fertig, nur haben wir seitens der Regierung, seitens der Frau Bürgermeisterin, seitens des Finanzreferenten noch kein Go bekommen. Also wir brauchen auch vom Krisenfonds 300.000 Euro, dass wir eben ins Tun kommen können. Der zweite Punkt, um dieses Konzept umzusetzen, und du hast es auch schon angesprochen, ist, dass das Land Steiermark auch unsere Bemühungen unterstützt, was der Fall ist. Da geht es einerseits um die Örtlichkeit, dass das Raumkonzept seitens der Oberbehörde genehmigt wird und andererseits auch, dass wir ukrainische Kindergartenbetreuer:innen und -pädagog:innen auch anstellen können. Auch hier gibt es schon sehr positive Signale, und der dritte Punkt, und auch den hast du schon angesprochen, wir sind bemüht, auch jetzt schon ein flexibles Angebot bereitzustellen. Da haben wir ein Angebot von der Caritas und ein anderes Angebot von den Kinderfreunden am Tummelplatz, und ja, das große Angebot wäre für das Betreuungsjahr 2022/2023 temporär geplant und es wäre wünschenswert, wenn wir das noch schneller umsetzen könnten, aber da braucht es eben eine

Kraftanstrengung aller, vor allem auch die Freigabe seitens der Koalitionsregierung, dass wir die 300.000 Euro bekommen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Wutte:

Ja super, vielen Dank für die detaillierten Ausführungen. Das ist ja sehr erfreulich, dass da schon sehr viel nachgedacht wurde und ein umfassendes Konzept da ist. Angesichts auch der angespannten Budgetsituation in der Stadt Graz wäre es natürlich sinnvoll, auch mit dem Land gemeinsam eine Finanzierung aufzustellen und da wirklich in Gespräche zu gehen. Was ich jetzt noch nachfragen wollte, was mir im Zuge der Recherchen auch untergekommen ist, und hast es jetzt erwähnt, nämlich in der Annenstraße ist es ja anscheinend so, dass es fertig eingerichtete Krippenräumlichkeiten gibt, die nie in Betrieb genommen wurden, und da wollte ich jetzt nachfragen, warum die fertig da sind und bisher nicht genutzt wurden. Danke.

StR Hohensinner:

Das ist so, dass Bauträger sehr oft für die Nutzung des Erdgeschosses Krippen und Kindergartengruppen vorsehen, vom Land Steiermark eine Genehmigung bekommen, aber nicht bei der Stadt Graz anfragen, ob der Versorgungsgrad weitere Gruppen erfordert. Von dem her haben wir das Land Steiermark eh gebeten, in die Bescheidung mithineinzunehmen, dass die Aufnahme über die Zusage seitens des Landes nicht gleichzeitig bedeutet, in das Tarifmodell der Stadt Graz aufgenommen zu werden. In dem Fall Annenstraße, für den normalen Versorgungsgrad nicht notwendig, aber hier braucht es, wie du auch anführst, für die jetzige Situation ein Angebot und genau diese Situation spielt uns hier in die Hände, dass wir eine fixfertige Kinderkrippengruppe, oder sogar zwei, haben in der Annenstraße, die wir eigentlich, sollten wir das Geld jetzt bekommen, in Betrieb nehmen können (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.47 Uhr).

**6.3 Frage 3: Sicherheitskonzept bei atomarem Notfall
(KO GR Mag. Pascuttini, FPÖ an Bgm.ⁱⁿ Kahr, KPÖ)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, werte Zuseher. Kommen wir zu einem ernsten Thema. Vor allem in den letzten Jahren, seit 2015, beginnend mit der Massmigration nach Europa, hat sich ja durchaus, und das ist etwas Positives, wieder ein Krisenbewusstsein entwickelt. Europa ist nicht die Insel der Seligen, Europa kann von Katastrophen getroffen werden und in den letzten Jahren haben wir leider sehr, sehr viele dieser Katastrophen erlebt. Auch wenn wir jetzt zurückdenken, vor wenigen Wochen Kriegsausbruch in Europa, davor eine Pandemie. Und so stellt sich natürlich auch die Frage, wie die Stadt Graz auf andere Katastrophen, die drohen könnten und die in Europa schon passiert sind, wie ist die Stadt Graz da vorbereitet? Wir haben in den letzten Monaten schon einige Initiativen zum Thema Blackout, Energiesicherheit gestellt, da gibt es natürlich noch Bedarf, etwas zu machen. Aber auch im Bereich der Sicherheit dieser Energieträger muss man sich einige Fragen stellen. Wenn man jetzt an die Atomenergie denkt, die in den letzten Wochen immer wieder auch als sichere und zukunftsorientierte Energiequelle präsentiert wurde, stellt sich natürlich auch immer die Frage: Wie gut ist man vorbereitet, wenn in dem Bereich etwas schiefgeht? Das ist in Europa schon einmal passiert, 1986. Erinnern wir uns zurück, da hat es das Atomunglück in Tschernobyl gegeben. Und natürlich kann auch so etwas immer wieder passieren, nur müssen wir uns jetzt die Frage stellen: Wie ist die Stadt Graz vorbereitet, insbesondere dahingehend, wenn in relativer Nähe, 120 km entfernt, das Atomkraftwerk Krško jetzt noch in Zukunft weiterbetrieben wird, das bekanntlich in einer Erdbebenzone liegt? Da stellt sich für mich natürlich die Frage als Stadt Graz, als größter Ballungsraum in der Nähe dieses Atomkraftwerkes, der dann unmittelbar betroffen sein würde, wie ist die Stadt Graz da darauf vorbereitet? Man

muss sich das Szenario dann auch immer so vorstellen, dass bei einer ungünstigen Wetterlage diese radioaktive Wolke relativ schnell auf das Grazer Stadtgebiet zuzieht und möglicherweise auch Evakuierungen nicht mehr möglich sind. Das würde dann natürlich auch bedeuten, dass die Bevölkerung sich in Graz aufhalten müsste, während dieser radioaktive Fallout drüberzieht. Und da stellt sich mir natürlich die

Frage:

Gibt es ausreichend von öffentlicher Hand bereitgestellte Schutzmöglichkeiten der Bevölkerung, im Konkreten, wie viele Schutzräume gibt es in Graz, welche der Grazer Bevölkerung bei einem grenznahen Atomunfall vor radioaktiver Strahlung Schutz bieten können (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Anlässlich der geplanten Betriebsverlängerung des umstrittenen Atomkraftwerkes Krško stellt sich die Frage nach der Bereitstellung von geeigneten Notunterkünften („Schutzräumen“) sowie die Versorgung der Grazer Bürger im Fall eines atomaren Notfalls mit sauberem Trinkwasser und Lebensmittel, insbesondere für alte und kranke Menschen, Schwangere und Säuglinge.

Aktuell befinden sich laut „Global 2000“ zwölf noch laufende Atomkraftwerke in unmittelbarer Nähe zu Österreich – jedes einzelne stellt ein potentielles Gesundheitsrisiko dar: denn Radioaktivität kennt keine Landesgrenzen und breitet sich im Katastrophenfall farb-, geräusch- und geruchlos aus.

Die Möglichkeit eines atomaren Unfalls stellt aufgrund veralteter Atomreaktoren in unmittelbarer Nähe zur Steiermark ein reales Bedrohungsszenario dar. Das Kernkraftwerk Krško liegt zudem in einem Erdbebengebiet und ist nur ca. 120 Kilometer

Luftlinie von Graz entfernt. Ein Reaktorunfall hätte verheerende Folgen für Graz und seine Einwohner.

Damit die Bevölkerung sowie die Behörden im Ernstfall schnell reagieren können – insbesondere dann, wenn eine Evakuierung der Grazer Bevölkerung nicht möglich ist! – ist es unerlässlich, bereits jetzt für den Ernstfall vorzusorgen und die Standorte bestehender Sicherheitseinrichtungen gegenüber der Bevölkerung kundzutun. Diese Sicherheitseinrichtungen müssen gut erreichbar sein und mit autarken Energie- und Nutzwasserversorgungen sowie genügend Vorräten an Trinkwasser und Lebensmitteln ausgestattet sein bzw. rasch ausgestattet werden können.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Wie viele Schutzräume gibt es in Graz, welche der Grazer Bevölkerung bei einem grenznahen Atomunfall vor radioaktiver Strahlung Schutz bieten können?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Lieber Herr Gemeinderat Pascuttini, besten Dank für diese tatsächlich nicht unwichtige Frage. Weil ja auch vor allem jetzt im Zusammenhang mit dem Krieg die Leute sich ihre Gedanken machen, völlig zu Recht, und selbstverständlich auch wir in der Stadtregierung, und die Magistratsdirektion gemeinsam mit der Abteilung Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz hier nicht nur jetzt, sondern auch in der Vergangenheit, immer laufend Überprüfungen anstellt und schaut, dass wir immer am aktuellen Stand sind. Ich möchte Ihnen aber die Rückmeldung, die ja auch abgestimmt ist mit der Abteilung, dazu gerne beantworten. Die Notfallkonzepte für eine radioaktive Notstandssituation in Österreich sind gut zwischen allen beteiligten

Organisationen, Institutionen und Behörden abgestimmt, das muss auch so sein. Diese wurden auch nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl, den Sie angesprochen haben, evaluiert, aktualisiert und werden seither auch laufend von den unterschiedlichsten Ebenen überprüft und, wo notwendig, natürlich auch adaptiert. Dabei fließen neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen auch neue, und das ist nicht unwichtig, technische und wissenschaftliche Erkenntnisse mit ein. Zu betonen ist dabei vor allem, dass sich seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl die Bauweise der Reaktoren derart verändert hat, dass eine großflächige Verstrahlung von Landesteilen wie 1986 heute nahezu ausgeschlossen sein sollte. Die Notwendigkeit von Luftschutzkellern ist daher heute nicht mehr in diesem Ausmaß gegeben. Der Strahlenalarmplan des Landes Steiermark, aber auch jener der anderen Bundesländer, sowie die Vorgaben des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements Fachgruppe Strahlenschutz auf Bundesebene sehen als eine von vielen unterschiedlichen Maßnahmen den Verbleib in geschlossenen Räumen und gegebenenfalls das Abdichten der Fenster vor. Dies kann auch nach nochmaliger Abstimmung mit dem Strahlenschutzbeauftragten des Landes Steiermark und Einsatzleiter im Falle einer radioaktiven Notstandssituation Herrn Dr. Ewald Plantosar bestätigt werden. Ein wesentlicher Punkt ist hier vor allem aber auch die Bewusstseinsbildung und auch Eigenvorsorge der Bevölkerung. Und genau in dem Punkt bieten wir von der Stadt Graz laufend, aber hier bereiten wir auch gerade eine Kampagne vor, auch in vielen anderen Zusammenhängen, vielleicht ein Punkt, haben Sie kurzem auch in der BIG schon gelesen, das ist nicht unwichtig, das ist ganz, ganz wichtig, die Bevölkerung hier mehr bewusst auf diese Problemlage zu machen und mehr Eigenvorsorge vor allem auch zu treffen. Und hier bietet nicht nur die Stadt Graz, sondern auch vor allem der Zivilschutzverband Steiermark eine Vielzahl an Informationen zu Bevorratung und dem Umgang mit Krisensituationen auf ihren Webseiten an. Aber eben, wie auch gesagt, werden wir gemeinsam mit hier mit der Magistratsdirektion und der Sicherheitsmanagementabteilung eine Kampagne vorbereiten. Weiters hat sich darüber hinaus unsere Abteilung für Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz in Absprache mit mir unmittelbar nach dem Beginn der Ukraine Krise mit den weiteren Maßnahmen, wie z.B. der

Kaliumjodid-Profilaxe, Strahlenspüren im Stadtgebiet, Erhebung für Maßnahmen im Bereich der landwirtschaftlichen Betriebe usw. intensiv beschäftigt, um im Falle einer Aktivierung einer dieser Maßnahmen im Anlassfall durch den Landeskoordinierungsstab und die Einsatzleitung des Strahlenschutzbeauftragten entsprechende Grundlage sowie, und das ist ja vor allem immer das Wichtige, Ablaufpläne ins Sekundenschnelle auch zu haben. Und ein ganz wichtiger Punkt dabei ist, dass derzeit über das Grazer Stadtgebiet dezentral 1,5 Millionen Kaliumjodidtabletten verteilt werden können an die Bevölkerung. Damit kann genau nach Vorgabe auch des Landes eine rasche Verteilung an die Grazer Bevölkerung erfolgen. Das ist ganz wichtig, und das haben wir erst vor Kurzem noch einmal aktualisiert, und auch diese Dezentralisierung ist vorbereitet. Wichtig ist, um noch einmal zurückzukommen auf das Thema Luftschutzbunker, es gibt derzeit in Graz, das ist aber auch in anderen Städten so, keine öffentlich nutzbaren Luftschutzbunker. Es gibt welche, die sind aber nicht nutzbar. Das Sicherheitsmanagement hat eine Liste aller vorhandenen Keller und Bunker aus den Weltkriegern, welche aber zum Großteil eben, wie gesagt, nicht mehr benutzbar sind, aufgelistet. Und vielleicht auch noch einmal zur Erinnerung, bis zum Jahr 1994 war es sogar gesetzlich vorgeschrieben, dass alle neu errichteten Privathäuser auch mit Luftschutzkellern ausgestattet werden mussten, das heißt, ein großer Teil der Gebäude in der Stadt Graz verfügen auch durch diese Auflagen über Luftschutzkeller, also das ist zusätzlich so, zur Information. Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen gedient zu haben (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin, Sie haben sich hier wirklich mit dem Thema befasst und auch in gewissen Bereichen für Beruhigung sorgen können, was auch die Versorgung mit Kaliumjodid-Tabletten und dergleichen betrifft. Natürlich zum anderen Punkt möchte ich sagen, also bezüglich Tschernobyl muss ich Ihnen widersprechen, damals war das ja wirklich, ich sage, Unvermögen und auch ein technisches Gebrechen. Wenn man jetzt einmal an die letzten Ereignisse denkt, sind ja auch

kriegerische Handlungen nicht ausgeschlossen, also könnte sich natürlich dann auch erneut ein Zwischenfall mit einer großflächigen Verstrahlung ereignen. Auch was Krško betrifft, das Erdbebengebiet, wenn man da an das Japanische Fukushima denkt, wo das ja auch passiert ist, wo es dann auch eine großflächige Verstrahlung gegeben hat, halte ich das nicht für ausgeschlossen, dass, wenn es ein Erdbeben gibt, dann auch in Krško diese großflächige Verstrahlung der Untersteiermark und auch von Graz eben eintreten würde. Jetzt ist meine Frage an Sie, wir haben in wenigen Wochen den Budgetgemeinderat: Wird es in diesem Budget Mittel dafür geben, dass man diese Luftschutzkeller, die Sie angesprochen haben, die aktuellen, die nicht benutzbar sind, wird es hier Mittel geben, dass man diese wieder reaktiviert und zumindest für kritische Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Schwangere und auch ältere Menschen, die sich vielleicht nicht selbst schützen können, die die Fenstern nicht abkleben können, wird es hier Mittel geben, damit man diese Keller wieder dementsprechend herrichtet (*Appl.*)?

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Selbstverständlich, mit dieser Frage hat sich jede Stadtregierung ja auch in der vergangenen Periode zu beschäftigen gehabt in der gleichen Weise, weil diese Gefahr ist ja nicht nur jetzt, sondern so etwas kann immer passieren, und selbstverständlich sind unsere Kollegen und Kolleginnen in den jeweiligen Abteilungen nicht nur immer am aktuellen Stand, sondern haben auch eine entsprechende budgetäre Vorsorge durch den Katastrophenschutzfonds auch vorgesehen. Ob das das alles abdeckt, was Sie sich wünschen, kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Was man aber gerne sollten, und das finde ich auch wichtig, dass Sie als Mandatarinnen und Mandatare darüber Bescheid wissen, dass wir einmal eine eigene Runde machen mit den Sicherheitssprechern, wenn Sie möchten, unter Beistand unserer Abteilungen, aber auch des Zivilschutzverbandes, wenn Sie das möchten (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (12.57 Uhr).

**6.4 Frage 4: Weiterer Fahrplan im Grazer Verkehr
(GR Mag. Pointner, Neos an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)**

GR Mag. **Pointner**:

Werte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im wunderschönen neuen Saal, verehrte Presse, liebe Zuseher:innen im Livestream.

Meine Frage ergeht an die werte Bürgermeisterin-Stellvertreterin und geht um den Fahrplan im Grazer Verkehr, die Never-ending-Story der letzten Jahre, und hoffentlich der nächsten, weil es hoffentlich dann einmal zu einer baldigen Weichenstellung kommen wird. Ich brauche nichts weiter von der Vergangenheit ausführen, es war ja allseitiges Thema, von Murgondel über Schwebebahn bis zum Wahlkampfthema U-Bahn, wir wissen das alle. Aber jetzt ist eine Expertengruppe eingesetzt worden mit einer Prüfung, die bestmögliche Verkehrslösung für Graz zu finden, die den ÖV-Anteil im Modal Split auf mindestens 30 % heben sollte. Und jetzt haben wir in den Medien gelesen, dass offenbar der Bericht dieser Expertengruppe fertig ist. Und mir geht es jetzt darum, dass das Ganze transparent kommuniziert wird. Und weil wir eine derartig zukunftsweisende Entscheidung vor uns haben, dass wirklich alle Fakten auf den Tisch kommen müssen, das heißt, es geht mir um umfassende Information auch der Bürgerinnen und Bürger, weil die zu treffenden Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar für alle Grazerinnen Grazer sein, alle Fakten auf den Tisch und daher meine

Frage

an Sie, liebe Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin:

Bis wann werden Sie die Ergebnisse der Verkehrsexperten als Verkehrsstadträtin offiziell präsentieren und den Grazer:innen zur Verfügung stellen?

Originaltext der Frage:

Bereits seit vielen Jahren wird über die Zukunftsvision des Grazer Verkehrs debattiert. Im Jahre 2018 wurden im Grazer Rathaus bereits Ideen für eine Murgondel inklusive U-Bahn gewälzt. Die dann lange angedachte Nord-Süd-Verbindung mittels einer Schwebebahn entlang der Mur erhielt eine Absage, worauf man die Realisierbarkeit zweier U-Bahn-Linien an der damaligen Verkehrsstadträtin vorbei prüfte. Diese endlos scheinende Geschichte ohne signifikante Weichenstellung ist nun um einen Akt reicher, und eine Expertengruppe wurde beauftragt, die bestmögliche Verkehrslösung für Graz zu finden, welche den ÖV-Anteil im Modal Split auf 30 % hebt. Laut medialer Berichterstattung ist dieser Bericht nun fertiggestellt. Es ist nun essenziell, Transparenz zu leben und einen breiten Konsens für eine zukunftsweisende Entscheidung zu finden, denn die Beantwortung dieser Verkehrsfrage wird die Stadt Graz für die nächsten Jahrzehnte prägen und aus diesem Grund müssen nicht zuletzt auch die Grazer Bürger:innen eingebunden werden und ihnen die Möglichkeit gegeben werden, eine informierte Entscheidung treffen zu können. Denn nur wenn sowohl alle politischen Fraktionen als auch die Grazer Bürger:innen vor solch einer großen Zukunftsentscheidung auch alle Fakten auf dem Tisch haben, können wir gemeinsam die Grazer Verkehrsproblematik lösen. Daher stelle ich gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

Frage:

Bis wann werden Sie die Ergebnisse der Verkehrsexperten als Verkehrsstadträtin offiziell präsentieren und den GrazerInnen zur Verfügung stellen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Lieber Herr Gemeinderat, eine sehr berechtigte Frage, die ganz in unserem Sinne ist. Auch wir erwarten den Bericht oder haben diesen Bericht mit hoher Spannung erwartet, die Kleine Zeitung hat ihn vor uns gekannt, weil erst Anfang dieser Woche wurde er den Fachexperten, nämlich den Mitarbeiter:innen, den Abteilungsleitern der Verkehrsplanung, präsentiert durch die Experten dieses Gremiums. Das war ja ein Prozess, auf den wir uns gemeinsam im Gemeinderat geeinigt hatten in der vorigen Periode. Ein sehr, sehr wichtiger Prozess, weil, wie Sie sagen, der eine Weichenstellung ist für die Zukunft des öffentlichen Verkehrs in Graz und deswegen eine wichtige Debatte. Wie gesagt, die Präsentation war Anfang dieser Woche, wir hatten gestern den Verkehrsausschuss, und im Verkehrsausschuss habe ich auch schon mitgeteilt, dass wir nächste Woche den Bericht in der Koalition kurz diskutieren und gleich im Anschluss am nächsten Tag einen Sonderverkehrsausschuss einrichten, nämlich am Dienstag um 13.30 Uhr, wo die Mitglieder der anderen Fraktionen über den Bericht Kenntnis erteilt bekommen, und der Bericht dann in der Folge auch auf der Homepage der Stadt Graz zur Einsicht gestellt werden wird. Ich hoffe auch, dass das die objektiviertere Basis ist für einen guten Prozess, den wir damit dann beginnen, nämlich das richtige Modell und das am besten geeignete Modell für die Stadt Graz, was den öffentlichen Verkehr angeht, zu finden und um uns gemeinsam in der Folge darauf zu einigen (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Danke für die Antwort, sehr schön. Ich freue mich darauf. Also der Endbericht wird dann vorgestellt werden, aber wir haben jetzt aus den Medien auch schon von Ihrer Reisetätigkeit erfahren nach Zürich, und dort ist ja einer der mehreren Experten beheimatet, mit dem haben Sie sich, glaube ich, auch getroffen, mit dem Herrn Hüsler. Jetzt habe ich da schon eine kleine Frage dazu: Werden alle Experten gleichermaßen von Ihnen gehört werden oder haben Sie da schon gewisse Präferenzen erkennen lassen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Zur Reisetätigkeit: Die Reise war eine Einladung der Stadt Zürich, eine Gegeneinladung, weil die Stadt Zürich zu Besuch war, sich die Verkehrssituation und vor allem den Radverkehr in Graz anzuschauen auf Einladung des Bürgermeisters damals. Damals war gerade die Wahl, ich glaube, die sind damals am Tag nach der Wahl zu Besuch hier gewesen. Das war für sie damals auch eine spannende Erfahrung. Und das jetzt war die Gegeneinladung. Die Einladung war an die Verkehrsabteilung der Stadt Graz gerichtet, ich durfte mitfahren und mir ein Bild vor Ort machen, vor allem über den hervorragend ausgebauten öffentlichen Verkehr, 41 % des Modal Splits bitte, und dort haben wir auch den Herrn Hüsler getroffen, aber nicht weil er jetzt der Exklusivberater von uns ist, sondern weil zeitgleich damals eine Studie von der damaligen Stadtseantsreferentin und jetzigen Frau Bürgermeisterin an den Herrn Hüsler in Auftrag gegeben wurde, die Situation vor Ort zu prüfen und die Varianten. Wir haben sozusagen zwei Ergebnisse, diese zweite Studie werden wir demnächst dann auch präsentieren. Hüslers Argumente bzw. Teile davon sind auch in dem Expertenbericht angeschlossen, aber natürlich werden wir, und Sie auch alle, die Gelegenheit haben, mit allen Experten, die hier von uns Fraktion nominiert wurden, zu sprechen, sich ein Bild von der gesamten Situation zu machen und auf Basis dessen werden wir dann weiterreden, was das beste Modell für die Stadt Graz sein wird (*Appl.*).

**6.5 Frage 5: Ausbau der Bildungskordinator:innen
(GRⁱⁿ Kreiner, ÖVP an StR Mag. Krotzer, KPÖ)**

GRⁱⁿ **Kreiner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Zuseher. In meinem in Dezember gestellten Antrag ging es um den Ausbau des Angebotes und die Erweiterung des Tätigkeitsspektrums der interkulturellen Bildungskordinatoren der

Stadt Graz. Es war mir ein Anliegen, Personen mit qualifizierter Erfahrung im Bereich der Bildung, im besonderen Schwerpunkt im Bereich der Lehre, des Sports, der Gesundheit, der Pädagogik und des Sozialwesens zu gewinnen. Diese Personen sollten das Wissen über die zahlreichen positiven Aspekte und die damit einhergehenden Möglichkeiten in der österreichischen Ausbildungslandschaft der dualen Ausbildung des städtischen Verwaltungsangebotes sowie der ehrenamtlichen Grazer Vereine in die migrantischen Communitys tragen. In Ihrer Antwort vom 14.2. bilden Sie die Geschichte und die wertvolle Arbeit der Bildungskoordinatoren ab, gehen jedoch in keiner Weise auf meinen ursprünglichen Antrag ein. Zu begrüßen ist, dass in den letzten Jahren viele Initiativen und es auch einen Versuch gab, eben diesen sukzessiv auszubauen, jedoch wollen wir jetzt in einem weiteren Schritt diesen Ausbau im Bereich der dualen Ausbildung verstärken. Die duale Ausbildung ist eine wesentliche Erfolgsgeschichte der österreichischen Wirtschaft. Ein in Europa oft zitiertes, aber leider zu wenig kopiertes Modell, das sicherstellt, dass gerade Jugendarbeitslosigkeit in Österreich, europaweit, im positiven Spitzenfeld liegt und zugleich unserer Wirtschaft wichtige Arbeitskräfte sichert. Dieses Modell ist aber gerade in den Herkunftsstaaten von wesentlichen Migrationsgruppen nicht bekannt. Oftmals herrscht Unwissenheit, teilweise auch Unverständnis, und im schlimmsten Fall führt es auch dazu, dass durch Unkenntnis der Eltern den Kindern geraten wird, Hilfsarbeiterjobs anzunehmen mit dem Argument, da verdienst du gleich mehr, anstatt sie für eine Lehre zu begeistern. Graz hat ein hervorragendes Modell diese angesprochenen Communitys passgenau abzuholen, hier braucht es lediglich eine Erhöhung des Umfangs bzw. spezielle Qualifikationen der Aufzuschenden. Die Bildungskoordinator:innen sind jene Personen, die zu Jugendlichen und vor allem deren Eltern Kontakt haben, um über unser Ausbildungsangebot zu informieren, besonders durch den Fachkräftemangel wird die Dringlichkeit immer größer, auch migrantische Communitys von einer Lehre zu überzeugen und zu zeigen, was man mit einer solchen alles erreichen kann. Hierfür könnte man zusätzlich auch Role-Models aus den jeweiligen Communitys finden und z.B. berichten lassen. Ähnlich wäre es auch im Bereich Sport, Gesundheit, Pädagogik oder im Sozialwesen möglich. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Arbeit der

Bildungskoordinator:innen für die betreuten Menschen und die Wirtschaft stelle ich Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtrat Krotzer, folgende

Frage:

Werden Sie sich als zuständiger Integrationsstadtrat dafür einsetzen, die Erweiterung des Tätigkeitsspektrums der Bildungskoordinator:innen zu ermöglichen und bei den bestehenden Dienstverhältnissen die Arbeitszeiten zu erhöhen bzw. weitere Mitarbeiter:innen für die Umsetzung der genannten Punkte bereitzustellen und den Beschäftigten eine spezielle Schulung zu ermöglichen, die ihnen die nötige Qualifikation gibt, das Modell der dualen Ausbildung zu vermitteln?

Originaltext der Frage:

Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Arbeit der Bildungskoordinator:innen für die betreuten Menschen und die Wirtschaft stelle ich Ihnen, sehr geehrter Herr Stadtrat folgende

Frage:

Werden Sie sich als zuständiger Integrationsstadtrat dafür einsetzen, die Erweiterung des Tätigkeitsspektrums der Bildungskoordinator:innen zu ermöglichen und bei den bestehenden Dienstverhältnissen die Arbeitszeiten zu erhöhen bzw. weitere Mitarbeiter:innen für die Umsetzung der genannten Punkte bereitzustellen und den Beschäftigten eine spezielle Schulung zu ermöglichen, die ihnen die nötige Qualifikation gibt, das Modell der dualen Ausbildung zu vermitteln?

StR Mag. **Krotzer:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Marion, vielen Dank für die Anfrage zunächst einmal. Die Antwort in aller Kürze: Ja, sehr gerne. Die Antwort in etwas längerer Form: Die Bildungskoordinatoren und Bildungskoordinatorinnen spielen eine wesentliche Rolle, deren Implementierung ja darauf zurückgeht, dass die Stadt Graz seit 2006 Mitglied in der Europäischen Koalition der Städte gegen Rassismus ist. Im Rahmen des dazu erarbeiteten Aktionsprogrammes ging es dann eben auch darum, Maßnahmen gegen ungleiche Bildungs- und Erziehungschancen, für Förderung von Respekt im Umgang und interkulturelle Verständigung durch Bildung und Erziehung zu entwickeln, und das sieht eben auch die Sprach- und Bildungsförderung vor. Da gibt es in der Stadt Graz schon eine breite Palette an Angeboten, insbesondere auch die Bildungskoordinatorinnen und -koordinatoren, die in den Jahren 2012 bis 2014 ihre Ausbildung durchlaufen haben. Also das liegt doch schon einige Zeit zurück, damals sind insgesamt 12 Bildungskoordinator:innen ausgebildet worden, 2017 sind dann fünf geringfügig bei der Stadt Graz angestellt worden, von denen derzeit noch vier tätig sind, eine Kollegin ist aktuell in Babykarenz. Aber wir werden uns mit dem natürlich sehr genau befassen. Es gab in den vergangenen Jahren immer wieder auch Versuche vom Integrationsreferat, diese Bildungskoordinator:innen aufzustocken, es ist beim Fonds Gesundes Österreich angesucht worden, mit dem Schwerpunkt Gesundheitslots:innen, es ist auch überlegt worden sozusagen den Klimaschutzfonds der Stadt Graz, also dort einen Antrag zu stellen, wobei damals sind nur Investition gefördert worden und keine Personalkosten. Das Konzept hat sich aber jedenfalls bewährt und ich bin gerne bereit, mir das mit dem Integrationsreferat anzuschauen, welchen Bedarf es hier gibt, wie können wir vor allem wieder eine neue Ausbildungsschiene machen; weil, wie gesagt, die letzte Ausbildung liegt eben acht Jahre zurück, das heißt, wir müssen schauen, wen wir dafür gewinnen können. Und das, was du jetzt angesprochen hast, insbesondere auch was die Ausbildung betrifft, und dass junge Menschen dann auch den richtigen Ausbildungsweg und der dann eben vielfach auch eine Lehre sein kann, da ist ja auch sehr erfreulich, dass es seither auch neue Programme gibt. Insbesondere das Mentoringprogramm Sindbad, die sehr

bemüht sind, also da geht es um eine 1:1-Betreuung von Kindern, die kurz vorm Ausbildungsende oder Schulschluss stehen, und die haben jetzt im Frühjahr einen Lehrgang gestartet, wo, glaube ich, über 100 Jugendliche begleitet werden, was eine tolle Möglichkeit ist. Weil da geht es eben auch genau darum, dass sozusagen, wenn man es Role-Models nennen will, also jemand, der mit Jugendlichen bespricht, was es eigentlich für Ausbildungen gibt, wer was gerne machen würde, und da eben eine langfristige Begleitung stattfindet. Und auch das ist ein sehr tolles Programm, aber ja, die Bildungskordinator:innen schauen wir uns an, wie wir das noch stärken können. Danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Kreiner:

Ja, ich möchte nur trotzdem noch ein paar Zahlen bringen, um die Wichtigkeit hervorzuheben. Also zum Stand November 2021 gab es 51 % mehr offene Lehrstellen im Raum Graz als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Und im gleichen Zeitraum sind aber die Lehrstellensuchende um 7 % hinuntergegangen, also ich glaube, das zeigt uns, wie wichtig gerade dieser Bereich Lehre wäre, dass wir uns hier auch noch zusätzliche Maßnahmen überlegen. Wie auch schon in meinem Antrag im Dezember, wo ich auch schon versucht habe, hier herauszufinden, ob das möglich wäre und Sie hier leider aber eben nur die Geschichte der BIKOs abgebildet haben, aber mir eigentlich keine Antwort darauf gegeben haben, darum jetzt auch meine Nachfrage: Wichtig wäre mir, dass wir ein bestehendes Modell ausbauen und da noch einmal nachschärfen, und das wäre mein eigentliches Ansinnen gewesen, und im Zuge dessen auch darüber nachzudenken, ob man nicht auch vielleicht eine Veranstaltungsreihe mit diesen Bildungskordinator:innen entwickelt, um dann noch einmal treffsicherer in den Communitys über die Lehre zu informieren (*Appl.*).

StR Mag. **Krotzer:**

Um das vielleicht noch einmal zu klären, was sind die Bildungskoordinator:innen und was haben sie für eine Funktion? In erster Linie geht es hier ja um den Erwachsenenbildungsbereich, sozusagen aus der Community für die Community etwas zu machen. Und das, was du jetzt ansprichst, da sehe ich z.B. insbesondere das Projekt Sindbad, das ja, glaube ich, seit 2019 aus dem Integrationsreferat unterstützt wird. Aber selbstverständlich schauen wir uns auch hier an, wie können wir auch dann einmal ganz besonders auf junge Menschen zugehen, sie in der richtigen Ausbildungswahl unterstützen und Vernetzungstreffen selbstverständlich. Also wir haben erst vergangene Woche hier auch alle Vereine, eh hier im Gemeinderatssitzungssaal, eingeladen, die in dem Bereich tätig sind, zum zweiten Mal jetzt eben seit Dezember letzten Jahres, um eben diese Vernetzung zu stärken, damit auch die Einrichtungen voneinander mehr wissen, was tun sie, was können sie tun. Und das ist uns ein ganz großes Anliegen, weil da ist noch sehr viel Luft in jedem Bereich. Und ich würde das auch so sagen, ein ganz wesentlicher Aspekt dabei ist, dass wir auch klarstellen, dass alle Menschen, die in unserer Stadt wohnen, eben auch die gleichen Chancen haben sollen, die gleichmäßige Unterstützung erfahren und dazu ist es ein wesentliches Anliegen. Zur Vernetzung, letzter Satz dazu, verbunden mit einer herzlichen Einladung, wir dürfen am 12. Juni, einem Sonntag, einladen in die Seifenfabrik zu einem Fest für alle, wo eben viele dutzend Vereine, Initiativen, sich auch vorstellen werden, wo es Musik geben wird, wo es Essen geben wird und wo es sehr schön wäre, wenn auch möglichst viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Mitglieder der Stadtregierung, aber natürlich auch Beschäftigte und Bedienstete der Stadt Graz dabei sein werden. Die Kolleginnen und Kollegen vom Referat haben da ein tolles Programm zusammengestellt. Es wird sicher ein feiner Nachmittag und wenn die Stadt Graz schon einmal einlädt, wäre es auch schön, wenn eben auch viele Mitglieder des Gemeinderates mit dabei sind. Dankeschön (*Appl.*).

**6.6 Frage 6: 60 Jahre Raab-Olah Abkommen
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ Aygan-Romaner, Grüne an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrt Stadtregerung, sehr geehrte Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jetzt geht es thematisch grob ähnlich weiter, und zwar machen wir einen Sprung in die Vergangenheit. 1961, Österreich war in den sogenannten Wirtschaftswunderjahren, und einhergehend mit einem eklatanten Arbeitskräftemangel und aus diesem Arbeitskräftemangel heraus gab es ein Abkommen zwischen einem gewissen Franz Olah und einem gewissen Herrn Julius Raab, dem Gewerkschaftspräsidenten und dem Wirtschaftskammerpräsidenten, das sogenannte Anwerbeabkommen. Was sagte dieses Abkommen? Dass man aus süd- und südosteuropäischen Ländern Arbeitskräfte anwerben sollte, beginnend 1962 mit Spanien, 1964 die Türkei und 1996 Jugoslawien. Das ist jetzt 60 Jahre her. Die bilateralen Abkommen jähren sich nun nach und nach. Das Abkommen ist schon 60 Jahre her, wurde 1961 geschlossen, mit Jugoslawien ist heuer quasi das Jubiläum, mit der Türkei ist es 2024. Und in diesen letzten 60 Jahren, ich weiß jetzt gar nicht, wie das in Österreich ist, aber es ist wahrscheinlich schon die vierte Generation, die hier aufwächst bzw. teilweise hier geboren ist. Diese Menschen, die dann gekommen sind, die als Arbeitskräfte angeworben wurden, aber als Menschen gekommen sind, wurden zuerst Fremdarbeiter genannt, natürlich war das sehr belegt, sagen wir einmal, dann Gastarbeiter genannt, dann Menschen mit Migrationshintergrund und seit Neuestem Migranten. Aber meinen tut man immer das Gleiche, nämlich, sie sind nicht von uns, sie sind nicht Teil der Gesellschaft, man muss sie integrieren. Aber diese Menschen, die gekommen sind, haben maßgeblich, vor allem in den Nachkriegszeiten und auch danach, zum Wohlstand Österreichs beigetragen. Sie haben die wenig gefragten und schlecht bezahlten Niedriglohnsektor-Jobs gemacht; ganz am Anfang wurden sie eigentlich für den Sekundärsektor beworben und sind eigentlich in Österreich, was den sozialen Aufstieg anbelangt, nicht so weit wie in Deutschland, wo diese Arbeitssektoren durchlässiger sind als in Österreich. Diese Leistung der sogenannten

Gastarbeiter wird und wurde in Österreich weniger als in Deutschland gewürdigt. Und ich vermisse das heute eigentlich immer noch, dass die ehemaligen Gastarbeiter:innen einen besseren Status in Österreich erhalten können. Sie haben Zugangsbeschränkungen systemimmanent, wie auch in vielen Köpfen. Und ich möchte sagen, diese Zugangsbeschränkungen sind teilweise auch gewollt, weil wer sollte sonst in diesen Niedriglohnsektoren arbeiten? Und deswegen finde ich es sehr, sehr wichtig, dass man diesen Diskurs, man hat ihn schon angefangen, punktuell mit einer Wanderausstellung z.B. zum 50-jährigen Jubiläum, und auch im Kulturjahr 2020 zu einer künstlerischen Auseinandersetzung mit Re_stArt. Aber ich finde, dass man diesen Diskurs nicht abreißen lassen sollte, und daher meine

Frage

an Sie, Dr. Riegler:

Welche Schritte werden Sie setzen, um anlässlich der 60-jährigen Geschichte der Arbeitsmigration aus den südosteuropäischen Ländern die kulturelle, wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit den bis dato ungenügend gewürdigten Leistungen der Gastarbeiter:innen und deren Nachkommen zu fördern (Appl.)?

Originaltext der Frage:

Das „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit brachte Österreich Vollbeschäftigung, einhergehend mit einem großen Arbeitskräftemangel im Niedriglohnsektor, speziell im Sekundärsektor. Als Folge dessen wurde 1961 in Abstimmung mit den Sozialpartnern das Raab-Olah Abkommen geschlossen. Es folgten bilaterale Anwerbeabkommen mit süd- und südosteuropäischen Ländern, beginnend 1962 mit Spanien, 1964 mit der Türkei und 1966 mit Jugoslawien. Die ankommenden Arbeiter:innen kamen vor allem

aus Jugoslawien und der Türkei und auch heute noch werden, wenn von Gastarbeiter:innen geredet wird, hauptsächlich Menschen aus diesen Ländern gemeint.

Das Raab-Olah-Abkommen wurde 2021 also 60 Jahre alt und auch die bilateralen Abkommen jähren sich nun nach und nach. In den vergangenen 60 Jahren änderte sich die Bezeichnung für die angeworbenen Menschen immer wieder, zuerst wurden sie Fremdarbeiter genannt, dann Gastarbeiter, später Menschen mit Migrationshintergrund und jetzt Migrant:innen. All dies sind Sammelbezeichnung für jene Menschen, die die letzten 60 Jahre nach Österreich kamen und es sind immer auch Bezeichnungen, die markieren sollen, dass sie anders und nicht von hier sind.

Die Menschen, die im Laufe der Jahre zum Arbeiten nach Österreich gerufen wurden, haben maßgeblich zum Wohlstand in Österreich beigetragen, indem sie in den wenig gefragten und schlecht bezahlten Sektoren gearbeitet haben. Für ihre Leistungen jedoch erhielten sie wenig bis keine Anerkennung. Heute haben die ehemaligen Gastarbeiter:innen und deren Nachkommen in Österreich einen geringeren Status als zum Beispiel in Deutschland oder Holland. Durch Zugangsbeschränkungen, systemimmanent wie auch in zu vielen Köpfen, ist der soziale Aufstieg für viele nicht möglich, und ich möchte behaupten, nicht gewollt. Wer sollte denn sonst die gering bezahlten, wenig prestigeträchtigen Jobs erledigen? Um Barrieren in der Arbeitswelt und in den Köpfen der Menschen sichtbar und erlebbar zu machen und den Diskurs nicht abreißen zu lassen ist eine künstlerische, wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit dem Thema der Arbeitsmigration nach Österreich bzw. auch spezifisch nach Graz geeignet und notwendig.

Daher stelle ich an Sie folgende

Frage:

Welche Schritte werden Sie setzen, um anlässlich der 60-jährigen Geschichte der Arbeitsmigration aus den südosteuropäischen Ländern die kulturelle, wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit den bis dato ungenügend gewürdigten Leistungen der Gastarbeiter:innen und deren Nachkommen zu fördern?

StR Dr. Riegler:

Dankeschön, Frau Gemeinderätin. In der Tat ist das ein ganz ein wichtiges Thema, das Sie da ansprechen, zumal nämlich im Jahr 1961, als Franz Olah und Julius Raab damals dieses Abkommen geschlossen haben, wir heute in einer Situation befindlich sind, in der eigentlich Hochkonjunktur herrscht, eine Situation, in der nahezu Vollbeschäftigung herrscht, so komisch das klingt. Aber wie Sie alle wissen, haben wir 130.000 offene Stellen, die momentan nicht besetzt werden können. Ich mache ja wöchentlich vier bis fünf Firmenbesuchstermine, spreche mit Unternehmern und Unternehmerinnen, und alle sagen mir, es gibt nicht nur einen Fachkräftemangel im Allgemeinen, sondern einen Arbeitskräftemangel ganz allgemein. Also es gibt eigentlich im Grunde genommen momentan für viele Aufgaben gar keine Arbeitskräfte. Insofern ist die Frage sehr berechtigt, und ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, dass es einerseits eine Tradition in Österreich war und stets ist, dass wir eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft haben und zum anderen, dass es auch tatsächlich eine klare Position sowohl der Wirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung als auch vieler großer Unternehmen und Unternehmensvertreter:innen ist, eben für eine qualifizierte Zuwanderung zu sein. Daher möchte ich das auch in aller Klarheit aussprechen, dass wir selbstverständlich, wenn wir unseren wirtschaftlichen Wohlstand halten wollen, wenn wir tatsächlich unsere Produktionsbedingungen halten wollen, wir auch weiterhin qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften brauchen. Was jetzt nun konkret die Zusammenarbeit in GrazMuseum betrifft, muss ich Ihnen sagen, dass es mir fernliegt, einer Kultureinrichtung eine Weisung zu erteilen, was sie machen sollen in programmatischer Hinsicht. Allerdings darf ich darauf verweisen, dass das

GrazMuseum überhaupt die Stätte schlechthin in Graz ist, die sich genau mit diesen Fragen immer wieder und umfassend befasst hat. Ich habe mir hier ein bisschen was zusammengeschrieben, in welcher Weise über Arbeitsmigration in den vergangenen Jahren gearbeitet wurde. Es gab eine Ausstellung 2014 „50 Jahre türkische Gastarbeit in Österreich – Avusturya! Österreich!“ Es gab über slowenische Gastarbeiter:innen 2015 eine Ausstellung, die nannte sich „Lebenswege über Alltags- und Arbeitserfahrungen.“ Und ich selbst war wiederum beteiligt dabei, dass wir beim Kulturjahr 2020 genau zu diesem Thema ebenfalls gearbeitet haben, nämlich mit der Re_stArt Graz 2020, einem Projekt im Rahmen des Kulturjahres, das dann auf 2021 verschoben werden musste und auch indem wir eben die Kunst von Arbeitsmigrant:innen, Künstler:innen aus Afghanistan, Bosnien, Griechenland, Irak, Kurdistan, Iran und Russland zur Schau gestellt haben. Also wenn Sie mich fragen, was werde ich tun, dann könnte ich vielleicht so antworten, ich sage, ich werde selbstverständlich dem Team des GrazMuseums weiterhin motivierend zur Seite stehen und ich hoffe, dass wir das auch budgetär dann in der nächsten Gemeinderatssitzung tun können, motivierend zur Seite stehen, dass auch weiterhin dieses Thema, wie schon bisher, Beachtung findet (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Da scheint ein gewisses Missverständnis zu herrschen. Es ist mir sehr bewusst, dass im GrazMuseum und auch im Kulturjahr 2020 diese Themen eben aufarbeitend und punktuell behandelt wurden. Aber ich vermisse den alltäglichen Diskurs bzw. den Brückenschlag von Nachkommen bzw. der letzten 60 Jahre Angekommenen mit der Vergangenheit, was sich daraus entwickelt hat, auch aus wissenschaftlicher Sicht. Also das ist ja nicht zu unterschätzen, was das für Potenziale und aus der Sicht vieler Probleme gegeben hat und das Ganze hat die Grundlage in der Art und Weise, wie die Menschen hier angekommen sind und in der Gesellschaft aufgenommen bzw. nicht aufgenommen wurden, deswegen für mich ist z.B. das Wort „Integration“ ein Unwort, weil Integration kann nur passieren, wenn jemand außerhalb des Systems steht. Das

wird als Begriff verwendet, wenn jemand nicht schon Teil der Gesellschaft ist, daher würde ich mir hier einen Diskurs außerhalb der punktuellen Ausstellung, sagen wir einmal, wünschen. In diese Richtung war meine Frage eigentlich gedacht. Könnten Sie sich vorstellen, in diese Richtung etwas zu machen (*Appl.*)?

StR Dr. **Riegler**:

Ich habe eh schon gesagt, also das Thema ist wichtig, aber ich möchte das ganz klar von mir weisen oder vom GrazMuseum, dass das nicht ohnedies geschehen würde. Also das Thema ist wichtig und daran wird auch laufend gearbeitet und ich denke, wir werden sicher bald wieder Gelegenheiten haben, bei Ausstellungen und Projekten des GrazMuseums genau zu diesem Thema zu sprechen (*Appl.*).

6.7 Frage 7: Entfall von Parkplätzen bei den 19 Radwegausbau-Projekten (GR Ing. Lohr, FPÖ an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

GR Ing. **Lohr**:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister. Laut einem Medienbericht liegen nun 19 konkrete Radwegausbau-Projekte vor, die von Stadt und Land mit rund zehn Millionen Euro finanziert werden. Bei der Vielzahl an Projekten gibt es einige, die sehr positiv von der umliegenden Bevölkerung aufgenommen werden, andere rufen bereits im Vorfeld Kritik hervor. Ein lang ersehntes Projekt ist beispielsweise der Ausbau des Radwegs entlang der Georgigasse, zwischen Schloßstraße und Baiernstraße, da sich mehrere Schulen im unmittelbaren Umfeld befinden. Die Umsetzung des Radwegausbaus in der Alten Poststraße allerdings wird von einigen Anrainern und Hausbesitzern kritisiert. In diesem Bereich werden Parkplätze aufgelöst, die für Bewohner, Besucher und Geschäftstreibende essentiell sind. Ein spezielles Augenmerk muss dabei auf die Behindertenparkplätze

gelegt werden, da körperlich beeinträchtigte Personen einen Stellplatz in der Nähe ihres Wohnsitzes benötigen. Auch das Projekt Kaiser-Franz-Josef-Kai, wissen Sie, lehnen wir Freiheitlich ab, da hier eine ganze Fahrspur für den KFZ-Verkehr eingespart wird. Da sicherlich auch bei den anderen Projekten eine große Zahl an Parkplätzen entfallen, ist eine Information für PKW-Besitzer im Vorhinein wichtig, damit sie sich darauf einstellen können. Daher ergeht an Sie namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Wie viele Parkplätze werden – für jedes der aufgelisteten 19 Radwegausbau-Projekte – wegfallen (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Laut einem Medienbericht liegen nun 19 konkrete Radwegausbau-Projekte vor, die von Stadt und Land mit rund zehn Millionen Euro finanziert werden.

Bei der Vielzahl an Projekten gibt es einige, die sehr positiv von der umliegenden Bevölkerung aufgenommen werden, andere rufen bereits im Vorfeld Kritik hervor.

Ein lang ersehntes Projekt ist beispielsweise der Ausbau des Radwegs entlang der Georgigasse, zwischen Schloßstraße und Baiernstraße, da sich mehrere Schulen im unmittelbaren Umfeld befinden.

Die Umsetzung des Radwegausbaus in der Alten Poststraße allerdings wird von einigen Anrainern und Hausbesitzern kritisiert. In diesem Bereich werden Parkplätze aufgelöst, die für Bewohner, Besucher und Geschäftstreibende essentiell sind. Ein spezielles Augenmerk muss dabei auf die Behindertenparkplätze gelegt werden, da körperlich beeinträchtigte Personen einen Stellplatz in der Nähe ihres Wohnsitzes benötigen.

Da sicherlich auch bei den anderen Projekten eine große Zahl an Parkplätzen entfallen, ist eine Information für PKW-Nutzer im Vorhinein wichtig, damit sie sich darauf einstellen können.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Wie viele Parkplätze werden – für jedes der aufgelisteten 19 Radwegausbau-Projekte – wegfallen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke für die Frage, die ich gerne beantworte. Die Entscheidung für die Radoffensive, die hier, sofern ich mich erinnere, einstimmig gefallen ist und auch glücklicherweise von uns übernommen werden durfte, zumindest was die finanzielle Absicherung betrifft, aus der Vorgängerregierung gemeinsam mit dem Land. Gemeinsam mit dem Herrn Landesrat habe ich letzte Woche auch den Start zur Radoffensive gegeben, einige Projekte haben wir auch schon im Gemeinderat beschlossen, die haben Sie erwähnt. Ja, ein Paradigmenwechsel und jede Form von Entscheidung für den Radverkehr, für die aktive Mobilität, erfordert auch Veränderung. Veränderung im öffentlichen Raum, weil es ja heißt, wir bauen neue Radwege zur Sicherheit von Radfahrenden, aber auch zur Sicherheit von Zufußgehenden. Wir haben hier auch gemeinsam, wenn ich euch erinnere, einstimmig beschlossen den Paradigmenwechsel in Form von der Priorisierung der aktiven Mobilität und auch der Prioritätensetzung, das heißt, die Zufußgehenden vor den Radfahrenden, vor dem öffentlichen Verkehr, vor dem MIV, dem Auto. Ich möchte auch gerne darauf hinweisen, es geht immer darum, den Platz neu zu verteilen, den öffentlichen Raum zu attraktivieren, Verweilzonen zu schaffen, Grünräume und eben mehr Platz für die, die aktiv und mobil

unterwegs sind. Eine Zahl möchte ich in dem Zusammenhang auch nennen: 98 % des ruhenden Verkehrs, das heißt, alles was steht, 98 % des ruhenden Verkehrs sind besetzt vom Auto. Das heißt, wenn wir da verteilen, verteilen wir neu und verteilen wir um. In der Regel entstehen immer mehr Stellplätze, als dann Stellplätze entfallen, es entstehen nämlich Stellplätze für Räder und Radabstellplätze. Auch das ist wichtig im Zusammenhang mit der Radoffensive, ich darf erwähnen, dass heute auch noch ein dringlicher Antrag der ÖVP zu diesem Thema kommt. Das heißt, die Sicherheit, auch die Verteilung des öffentlichen Raums ist wichtig im Zusammenhang mit der Radoffensive, wenn wir dem Ruf der Stadt Graz als Radstadt gerecht werden wollen. Und dann ist es natürlich so, wir binden in jedem Fall immer auch alle ein in Bezug auf entstehende Projekte; das von Ihnen kritisierte Projekt Kaiser-Franz-Josef-Kai, wo es sehr, sehr um die Sicherheit der Zufußgehenden geht und der Radfahrenden, weil alle, die die Situation kennen, wissen, dass das teilweise gemeingefährlich ist. Dort, wie auch überall sonst, sind alle Interessensvertreter eingebunden. Besonders betroffen ist dort der Handeltreibende Kastner und Öhler, das ist im Einvernehmen mit dem Herrn Wäg, ich habe mir ihm unlängst darüber gesprochen, auch passiert mit der Tiefgarage, da ist die Zufahrt weiterhin gewährleistet. Das einmal vorweg. Ich komme jetzt gerne zur konkreten Frage. Die Gemeindestraßen, die Sie erwähnt haben, die uns betreffen, aber auch die Landesstraßen, die in der Pressekonferenz, wo wir angekündigt haben, was sie da verändern wird, gebe ich gerne Zahlen bekannt. Zum Ursprungsweg, Entfall von Parkplätzen, null; die Lastenstraße, entstanden jetzt in der neuen Smart City und als Ergebnis sozusagen des Radverkehrs, der dort entsteht, dort gibt es eine Verlagerung in eine neue Tiefgarage durch die neuen Wohnbauhäuser, die dort entstanden sind. Ein ganzes Wohnbauprojekt, das die meisten von Ihnen kennen werden, 40 Parkplätze, eben weil dort eine Tiefgarage entstanden ist und die Verlagerung von der Straße in die Tiefgarage des ruhenden Verkehrs passiert ist. Kaiser-Franz-Josef-Kai, 20 Autoparkplätze zugunsten des Rad- und Fußverkehrs, der aktiven Mobilität, die wir fördern wollen. Alte Poststraße, das ist, wie Sie alle wissen, eine sehr große, stark befahrene Straße, sechs Stellplätze; Georgigasse, haben Sie erwähnt, null Stellplätze; Keplerstraße, in der Hauptsache aus

Verkehrssicherheitsgründen, neun Stellplätze. Ich habe es zusammengerechnet, Sie brauchen nicht mitschreiben, ich kann Ihnen die Gesamtsumme dann sagen; die Auenbruggergasse, null; die Maggstraße, null. In Summe 775 Parkplätze, PKW-Stellplätze, viele eben verlagert in die neue Tiefgarage, alles zugunsten der Sicherheit von Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Und zur Alten Poststraße möchte ich gerne etwas sagen: Es ist nämlich im Zuge der Verbreiterung, alle kennen die Situation dort, die Verbreiterung der Geh- und Radwege, sind sechs Parkplätze entfallen, sechs Parkplätze im Bereich vom Hofer und kein Behindertenstellplatz, kein einziger. Weil dass behinderte Menschen Zugang haben und Parkplätze vorfinden, ist uns immer wichtig und auf das wird überall geachtet. Überall dort, wo vielleicht sonst Stellplätze wegkommen, auch im Bereich des Bischofsplatzes übrigens, werden wir darauf achten, dass Stellplätze für Menschen mit Behinderungen immer zur Verfügung gestellt werden. Dort hat es nämlich einen Fahrstreifen gegeben, der weniger als zwei Meter breit war, einen Gehweg für Radfahrende und Zufußgehende, weniger als zwei Meter, und dort gibt es Gefahren. Also Sicherheit voran, sonst gibt es dort viele Parkplätze in der Grünen Zone, möchte ich nur darauf hinweisen. Und ich habe hier dann auch noch die Auflistung der KFZ-Parkplätze, ich kann Ihnen das schicken, insgesamt 12 Parkplätze bei 11 realisierten Projekten, auf Landesstraßen, ich muss es nicht weiter ausführen. Also ich glaube, es ist verkraftbar zugunsten der Sicherheit und der Verteilung des öffentlichen Raums und zugunsten von Radfahrenden und Zufußgehenden, weil die Sicherheit der Menschen ist uns ein ganz besonderes Anliegen. Ich schicke Ihnen das noch (*Appl.*).

GR Ing. **Lohr**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, danke für die ausführliche Antwort, die halt etwas lang geworden ist durch Ihre Anleitung. Das können wir dann abkürzen, indem Sie bitte die Liste uns zukommen lassen. Und ja, wir hätten das Ganze auch ein bisschen abkürzen können, wenn wir diese Informationen schon im Vorfeld auch im Ausschuss ein bisschen erläutern können, dann brauchen wir hier drinnen nicht die

Frage stellen, und die kommt ja von betroffenen Bürgern, etwa aus der Alten Poststraße, die da natürlich auch einen Privat-PKW haben und dann eben nicht beim Hofer oder irgendwo dann auf einmal einen Parkplatz vorfinden. Ich habe gehört „gemeingefährlich“, das ist eher die Rücksichtnahme der Verkehrsteilnehmer untereinander; es sollen auch die Radfahrer hin und wieder Rücksicht nehmen, weil gemeingefährlich fällt mir die Schmiedgasse ein, auch dort ist es gemeingefährlich für einen Fußgänger, also das trifft viele. Jedenfalls, wir bleiben auf der Kritik dran und die einzige Zusatzfrage, also mir würden schon einige einfallen, aber die ich stellen darf: Werden Sie dann also zukünftig wieder mit einem aktuellen Stand dieser Projekte in den Ausschuss gehen und uns vor allem über die Auswirkungen und auch möglichen Kompensationen dann für diese entfallenen Parkplätze im Verkehrsausschuss einen Bericht wiedergeben?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Das mache ich gerne und immer. Ich berichte aber vor allem auch gerne über den Gewinn an Lebensqualität für alle in dieser Stadt, indem wir den Radverkehr sichern und die Gehwege ausbauen, und im dem Kontext mache ich das jederzeit gerne. Das wissen Sie, Sie kennen mich.

Zwischen GR Ing. Lohr: Da sind Sie aber ein bisschen einseitig.

Ende Fragestunde: 13.34 Uhr